

BUND-Umweltzentrum Ortenau • Hauptstr. 21 • 77652 Offenburg

Verwaltungsgemeinschaft
Gengenbach
Berghaupten
Ohlsbach

Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland (BUND)
Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Petra Rumpel
Geschäftsführerin

Tel. 0781/25484

bund.umweltzentrum-
ortenau@bund.net
www.uz-ortenau.bund.net

18.08.2020

Stellungnahme zur 3. Änderung des Flächennutzungsplans der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Gengenbach - Berghaupten - Ohlsbach

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Beteiligung an dem Verfahren.


Aufgrund eines krankheitsbedingten Ausfalls sind wir nicht in der Lage, ausführlich zu jeder einzelnen Fläche Stellung zu nehmen.

Generell lehnen wir die Neuausweisungen von Grünflächen zur Bebauung im vorgesehenen Umfang ab und fordern, den Flächenfraß endlich einzudämmen.

Wie in der Begründung aufgelistet, hat die Verwaltungsgemeinschaft in den Jahren 2008 bis 2018 deutlich mehr Fläche neu versiegelt als der Durchschnitt des Landkreises. Gleichzeitig ist die Bevölkerung rückläufig. Das kann nicht nur mit dem Mangel an Wohnungen begründet werden.

Zu prüfen wäre, welche Leerstände vorliegen und wie damit sinnvoll umgegangen werden kann.

Durch eine Förderung des ÖPNV, eine bessere Vernetzung und attraktive Preise auch für Fahrten innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft könnten großflächige Parkplätze reduziert werden.



Bankverbindung:
Sparkasse Offenburg
IBAN: DE44 6645 0050 0000 6691 52
BIC: SOLADES1OFG

Der BUND ist eine anerkannte Natur- und Umweltschutzvereinigung nach UmwRG und NatSchG Baden-Württemberg. Spenden sind steuerabzugsfähig. Erbschaften und Vermächtnisse an den BUND sind von der Erbschaftssteuer befreit.

Die Verwaltungsgemeinschaft hat 2019 ein riesiges interkommunales Gewerbegebiet angelegt. Gengenbach hat mit dem Hukla-Areal ein enormes Flächenpotential zur Verfügung. Die Gemeinden Berghaupten und Ohlsbach haben sich im Jahr 2019 noch Flächen zur Wohnbebauung nach §13 b gesichert, die im Flächennutzungsplan gar nicht aufgeführt und nicht mit einberechnet sind. Weitere Ausweisungen sind unserer Ansicht nach nicht zu verantworten.

In Zeiten von Klimakrise und Artensterben sind alle Maßnahmen wichtig, die eine Vernetzung von Biotopen, eine Speicherung von Kohlenstoffdioxid in natürlicher Biomasse sowie eine Durchgrünung und Beschattung unterstützen. Neuversiegelung, Zerschneidung und Zerstörung von Biotopen dagegen beschleunigen die negativen Tendenzen und verschlechtern massiv die Zukunftsaussichten der kommenden Generationen.

Im Zusammenhang mit COVID-19 wird von den jungen Menschen Solidarität mit den schutzbedürftigen und anfälligeren Senioren und Akzeptanz für einschneidende Maßnahmen gefordert. Beim Klima- und Artenschutz dagegen vermissen wir als Umweltverband die Solidarität mit der jungen Generation, die mit den Auswirkungen unserer verfehlten Umwelt- und Klimapolitik leben muss. Die Verwaltung und jede*r Gemeinderat*rätin sollte sich der Verantwortung bewusst sein, wenn er/sie mit einem "weiter so" die dringendste Krise unserer Zeit weiter verschärft.

Aus diesen Gründen fordern wir ein Umdenken bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen:

Vordringlichstes Ziel muss sein, keine größeren neuen Grünflächen mehr zur Bebauung freizugeben. Allenfalls kleine Baulücken oder wenige, kleine Flächen mit geringem Konfliktpotential sollten überhaupt noch in Betracht gezogen werden. Im Ausgleich dafür sollten die Kommunen dann aber sinnvolle Biotopvernetzungs- und Klimaschutzprojekte vorantreiben und keine Alibi-Ausgleichsmaßnahmen, die allenfalls Kosmetik darstellen.

Wir freuen uns, über den weiteren Verlauf der Planung informiert zu werden.

Mit freundlichen Grüßen



Petra Rumpel

BUND-Umweltzentrum Ortenaukreis